

D. Dringlichkeitsanträge an den 12. Landesparteitag

D.2.NEU Verurteilung rassistischer Übergriffe in Sachsen / Erarbeitung eines asylpolitischen Konzepts durch den Landesvorstand

Einreicher: Andreas W.

Der Landesparteitag möge den folgenden Antrag beschließen:

1. DIE LINKE. Sachsen verurteilt mit aller Schärfe die rassistischen, neonazistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Heidenau, Freital und anderen Orten des Freistaats Sachsen. Angriffe auf Asylheime sowie auf Demonstranten und Polizisten, die sich schützend vor die Asylheime stellen, dürfen nicht geduldet werden. Diese Angriffe widersprechen der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde und sind beschämend für Sachsen. Die Verantwortlichen dieser Taten müssen bestraft werden.
2. Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen wird beauftragt, ein asylpolitisches Konzept zur Unterbringung, Partizipation sowie zur Integration der Asylsuchenden in Ausbildung und Arbeit zu erarbeiten, beispielsweise im Rahmen einer zu berufenden Kommission. Es kann nicht sein, dass aus asylsuchenden Menschen dauerhaft von den Behörden abhängige „Sozialfälle“ gemacht werden. Es geht hier insbesondere um die Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt; gleichzeitig sind auch Besorgnisse der einheimischen Bevölkerung in diesen Dialog mit einzubeziehen.
3. Insbesondere fordert DIE LINKE. Sachsen:
 - * die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen für die Unterbringung der Asylsuchenden durch Bund und Land,
 - * einen Flüchtlingsgipfel in Sachsen und eine zentrale Stelle für Asylfragen auf Landesebene,
 - * eine zeitliche Begrenzung der zentralen Unterbringung der Flüchtlinge auf einen Monat,
 - * die Sicherstellung der dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge durch Runde Tische vor Ort, an dem die Verwaltung und die politisch Verantwortlichen, die Vertreter von Wohnungsgenossenschaften und sonstigen Vermieter sowie die Flüchtlingsvertreter zusammenkommen,
 - * die Sicherstellung der Gesundheits- und Krankenversorgung der Flüchtlinge und ihrer sozial-psychologischen Betreuung vom ersten Tag an,
 - * die Ausweitung der Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge bzw. die Aufhebung ihrer strikten Beschränkung,
 - * ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung von Unternehmen (insbesondere Handwerk) und Gewerkschaften in Sachsen, durch das Flüchtlinge verstärkt in Arbeit kommen sollen,
 - * Sprach- und Orientierungskurse für die Asylsuchenden.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Des Weiteren bedarf es m.E. einer innerparteilichen Verständigung darüber, ob es ein "Asylrecht für alle Menschen" oder nur "für alle Menschen in Not" geben soll. Ob es also uneingeschränkt oder mit bestimmten Beschränkungen gelten soll, und wenn ja unter welchen Beschränkungen.

Zeitgleich mit der Einreichung des folgenden Dringlichkeitsantrages beantrage ich die Befassung im Landesvorstand und die Beschlussfassung, dass der Landesvorstand den Antrag unterstützt und so die Voraussetzungen des Absatz IV Punkt 17 der Geschäftsordnung erfüllt ist.

Im Absatz IV Punkt 17 ist geregelt: „Nach Antragschluss bis Tagungsbeginn können Dringlichkeitsanträge eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge bedürfen der Unterstützung des Landesvorstandes, des Landesrates, von mindestens 4 Kreisvorständen oder von 20 Delegierten mit beschließender Stimme.“

Begründung der Dringlichkeit:

Im Laufe des Augusts, nach Antragschluss für den Landesparteitag, erfolgte eine erschreckende Zuspitzung der Auseinandersetzung von Rechtsextremen und Rassisten gegen Asylsuchende und ihre Unterkünfte, für die Heidenau zum Synonym wurde. Gleichsam bleibt es Aufgabe der LINKEN, sich schlagkräftig mit diesem Phänomen zu befassen. Der Antrag wurde als Dringlichkeitsantrag an den Parteitag gestellt.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____